

ULRICH SCHACHTSCHNEIDER

Nachhaltigkeit in der Programmatik der Linkspartei

EINE ANALYSE ZUM STAND DER INTEGRATION SOZIALER, ÖKOLOGISCHER UND ÖKONOMISCHER FORDERUNGEN

Vorbemerkungen

Der Anspruch auf eine nachhaltige – also eine dauerhaft durchhaltbare Entwicklung der Gesellschaft – ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit linker Programmatik. Die Gesellschaftskritik der Linken besteht gerade darin, dass sie den gegenwärtigen Finanzmarkt-Kapitalismus für nicht durchhaltbar halten – ökologisch, sozial und ökonomisch nicht. Die politischen Forderungen der Linkspartei gehen in Richtung größerer sozialer Gerechtigkeit, in Richtung einer ökologischeren Politik, in Richtung einer dauerhaft durchhaltbaren ökonomischen Entwicklung. Ist die mit dem Nachhaltigkeitsanspruch verbundene Integration von Ökologischem, Sozialem und Ökonomischen nicht ohnehin in linken Forderungen enthalten? Ist ökologische Politik nicht per se auch sozial, weil die Ärmsten am meisten unter den Umweltschäden zu leiden haben? Ist nicht eine Stärkung umweltfreundlicher Fortbewegungsarten per se sozial, weil viele Hartz 4-Empfänger sich ohnehin kein Auto leisten können? Und sorgen nicht die auch von der Linken erhobenen ökologischen Forderungen nach mehr Umwelttechnologie gleichzeitig für mehr Arbeitsplätze, sind also auch sozial?

Eigentlich bräuchte die Linke also ihre ohnehin vorhandenen Forderungen nicht mit dem hohen Anspruch der Nachhaltigkeit zu etikettieren, um so der Öffentlichkeit ihre Kompetenz in Zukunftsfragen zu demonstrieren. Doch woher kommt die Gewissheit, dass die Summe der Forderungen wirklich das anspruchsvolle integrative Politikziel Nachhaltigkeit ergibt? Sind die Forderungen der Linken mehr als additive Ressortpolitiken, die möglicherweise bei ihrer Realisierung Zielkonflikte auslösen würden, also nicht nachhaltig sind?

Linke Programmatik müsste sich gerade dadurch gegenüber derjenigen konkurrierender politischer Richtungen auszeichnen, dass sie das Konzept der Nachhaltigkeit ernst nimmt. Also nichts wir ran an die theoretische Ableitung: Nachhaltigkeit bedeutet die Verbindung von Ökologie, Sozialem und Ökonomischem.¹ Dazu lassen sich Oberziele definieren, die dann eine Konkre-

tisierungsstufe weiter in politische Forderungen münden. Das Ergebnis wäre dann mit der bisherigen Programmatik der Linkspartei abzugleichen, notfalls müsste sie neu entwickelt werden... Stop: Es macht natürlich keinen Sinn, der Linkspartei – oder gar der linken Bewegung – hier im Top Down Modus eine Nachhaltigkeitsprogrammatik abzuleiten und alles neu zu erfinden.

Ich möchte vielmehr eine Bestandsaufnahme zum Ausgangspunkt einer Debatte um das Verhältnis linker Programmatik und Nachhaltigkeit machen. Dazu werde ich sichten, welche Verbindungen des Ökologischen mit dem Sozialen, welche Verbindungen des Ökologischen mit dem Ökonomischen in vorhandenen programmatischen Schriften der Linkspartei gezogen werden bzw. implizit enthalten sind, und in welchen politischen Forderungen sich diese Verbindungen manifestieren. Auf die Sammlung der Verbindungen zwischen dem Sozialen und dem Ökonomischen verzichte ich in diesem Zusammenhang, obwohl es in eine Erörterung des Standes linker Nachhaltigkeitsprogrammatik hineingehört. Ich werde dies jedoch in diesem Beitrag zunächst ausklammern: Aus Gründen der Komplexitätsreduktion und weil die Linke zur Verbindung von Ökonomie und Sozialem eher ausgearbeitete Konzepte hat als zur Inte-

1 Natürlich kann Nachhaltigkeit auch durch andere grundlegende Anforderungen definiert werden. Ich knüpfe mit den drei Oberzielen Soziales, Ökologisches und Ökonomisches jedoch an eine weithin akzeptierte erste Operationalisierung von Nachhaltigkeit an. Diese drei Oberziele sind so allgemein, dass sie erstens alle kritischen Bereiche gesellschaftlicher Entwicklung umfassen und zweitens in ihrer Allgemeinheit genug Raum lassen für die Definition dessen, was denn unter sozialer, ökologischer oder ökonomischer Nachhaltigkeit zu verstehen ist. Soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit wird in unterschiedlichen Nachhaltigkeitspolitiken und -konzepten dementsprechend auch ganz unterschiedlich mit Inhalt gefüllt (vgl. ausführlich dazu SCHACHTSCHNEIDER 00/07). Konsens ist allerdings, dass diese drei Anforderungen erfüllt werden müssen. Einige Konzepte haben neben den drei Oberzielen noch eine vierte Anforderung: Institutionelle Nachhaltigkeit (vgl. SPANGENBERG 05). Ich subsumiere die Anforderung nach stabilen gesellschaftlichen Institutionen unter den Topos der sozialen Nachhaltigkeit. Ist eine Gesellschaft sozial nicht nachhaltig, so wird sich dies in der Auflösung von Institutionen zeigen.

gration ökologischer Ansprüche. Dies bedeutet nicht, dass die Verbindung Ökonomie – Soziales in der linken Programmatik heute schon dem Anspruch dauerhafter Durchhaltbarkeit genügt.

Mein Ziel ist also zunächst ein Überblick über diejenigen Verbindungen von ökologischer Politik mit Sozial- und/oder Wirtschaftspolitik, die aktuell in linker Programmatik enthalten sind, welche Leitbilder zur Operationalisierung von Nachhaltigkeit also explizit oder implizit in den Programmen enthalten sind. Zu diesen Leitbildern gehört jeweils ein Set von politischen Forderungen. Auf Basis dieser Kategorisierung wird zu sichten sein, welche Distanz zur Politik und Programmatik konkurrierender politischer Richtungen sich ergibt. Hat die Linke mit den Leitbildern und den dazugehörigen Forderungen ein Alleinstellungsmerkmal? Kann sie sich damit als eine Kraft profilieren, die ein Konzept hat für die Verbindungen zwischen Sozialem und Ökologischem, die einer auf offensichtlich strukturelle gesellschaftliche Barrieren stoßenden herrschenden Umweltpolitik aus ihrem Dilemma heraushelfen kann? Abschließend wird zu fragen sein, ob die aufgefundenen Verbindungen des Ökologischen mit dem Sozialen/Wirtschaftlichen geeignet sind, eine Kernkompetenz der Linken zu symbolisieren. Diese Fragen werde ich hier selbstverständlich nicht abschließend, auch nicht stellvertretend beantworten wollen und können. Ich möchte eine Bestandsaufnahme leisten und eine Anregung für eine programmatische Debatte über ein linkes Nachhaltigkeitsprofil geben.

Nachhaltigkeit: Ansätze in programmatischen Dokumenten

Erstes Leitbild: Ökosozialer Rahmen für den Markt

In den Programmatischen Eckpunkten (PE 07) heißt es:

„DIE LINKE tritt für das Primat demokratischer Politik über die Wirtschaft sowie für einen sozialen und ökologischen Wandel in der Europäischen Union ein“
Alternative Wirtschaftspolitik ist gestaltende Politik. Sie zielt auf ein starkes Gewicht sozialstaatlicher Politik gegen deren Unterordnung unter Marktzwänge. Sie misst längerfristiger Struktur-, Wissenschafts- und Technologiepolitik erhebliches Gewicht bei... Deshalb strebt DIE LINKE eine neue sozial-ökologische Rahmensetzung für die Marktmechanismen an“.

Politik, insbesondere ökologische und soziale, soll Vorrang haben vor Eigendynamiken des Marktgeschehens, soll Vorrang haben vor der „Ökonomie“, hier verstanden als marktliche Eigendynamik. Das Leitbild der Verbindung zwischen Ökologie, Sozialem und Ökonomie lautet: ÖKOSOZIALER RAHMEN FÜR DEN MARKT. Dieses Leitbild drückt sich aus in politischen

Forderungen nach

- verschiedenen Formen des Eigentums:
„Wirtschaftsdemokratie, die alle Formen des Eigentums an sozialen und ökologischen Kriterien misst“ (PE 07)
- öffentlicher Daseinsvorsorge:
“Mittels der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen die Kommunen qualitativ hochwertige Leistungen erbringen und dabei sozialen und ökologischen Erfordernissen Rechnung tragen können“ (PE 07)
- öffentlicher und öffentlich geförderter Beschäftigung:
“Neue Arbeitsplätze durch ökologischen und sozialen Umbau, darauf konzentrierte öffentliche Zukunftsinvestitionsprogramme...“ (PE 07)
“...den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor im ökologischen, kulturellen und sozialen Bereich zu erweitern“ (MV 06)
- Struktur- und Technologiepolitik:
“Förderung technologischer Innovationen im Bereich Ressourceneffizienz und erneuerbare Energien...“ (PE 07)
“Wir wollen solche Innovationen in der Wirtschaft und in der Arbeitsmarktpolitik, die ökologische, ökonomische und soziale Belange fördern“ (MV 06)
“Die regionale Herstellung und Vermarktung von Produkten aus Handwerk und Landwirtschaft“ (MV 06)
- sozialökologischer Vergabe öffentlicher Aufträge und Mittel:
“Vergabe öffentlicher Aufträge an solche Unternehmen, die hohe soziale und ökologische Standards im Inland einhalten und eine Verbesserung dieser Standards im globalen Rahmen unterstützen“ (MV 06)
“die Vergabe von Fördermitteln an Anzahl und Qualität der Arbeits- und Ausbildungsplätze... zu binden (MV 06)
- Finanzierung durch Steuern auf Reichtümer
(Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Spitzensteuersatz, Besteuerung von Unternehmensgewinnen) (EP 07)
- Ökosteuer
“Ein Steuer- und Abgabensystem, das umweltfreundliches Handeln fördert und die Umwelt schädigendes Verhalten belastet (EP 07)
- gerechter Weltwirtschaftsordnung
“Dazu gehören die Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte, Stopp der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Überführung wichtiger Naturressourcen in Staatseigentum, eine umfassende Entschuldung armer Länder, die Anhebung der Entwicklungshilfe auf über 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts der Industriegesellschaften. Nachhaltige Entwicklung sowie Ausbau sozialer Rechte müssen die kapitalorientierte Neoliberalen

2 Der Ausbau sozialer Rechte bräuchte hier nicht zusätzlich zu „Nachhaltiger Entwicklung“ eingefordert werden. Nachhaltige Entwicklung erfordert nach Auffassung der Linken den Ausbau sozialer Rechte. Vielleicht haben die Autoren aber an dieser Stelle eine Auffassung von nachhaltiger Entwicklung als primär ökonomische Entwicklung vor Augen gehabt.

lisierung ersetzen“ (EP 07)²

Die aufgeführten Forderungen können und sollen hier keine vollständige Aufzählung darstellen. Sie sind jedoch typisch für das Anliegen, dem Marktgeschehen eine ökologische und soziale Richtung durch eine rahmensetzende Wirtschaftspolitik zu geben.

Zweites Leitbild: Umweltschutz schafft Arbeit

Eine weitere Verbindung zwischen Ökologie, Sozialem und Ökonomie, die sich bei der Linkspartei in programmatischen Schriften findet, ist das Konzept „UMWELTSCHUTZ SCHAFFT ARBEIT“. So heißt es etwa im Landtagswahlprogramm für Mecklenburg-Vorpommern:

„Umwelt- und Naturschutz schaffen Arbeit und verhindern sie nicht“. Und weiter: „In kaum einem anderen Bundesland sind ökonomische und beschäftigungswirksame Potenziale und die damit verbundenen positiven sozialen Auswirkungen so eng mit einer intakten Umwelt verknüpft wie in Mecklenburg-Vorpommern.“ (MV06)

Die zugrunde liegende Auffassung von nachhaltiger Entwicklung lautet: Mehr Umweltschutz bedeutet eine Ausweitung des Arbeitsvolumens, bedeutet Wirtschaftswachstum. Dies wiederum sorgt für mehr soziale Nachhaltigkeit, da mehr Menschen erwerbstätig sein können. Die politische Forderung, die mit diesem Konzept verbunden ist, ist die nach mehr Investition in nachhaltige Technologien. So heißt es zum Beispiel in den programmatischen Eckpunkten:

“Neue Arbeitsplätze durch ökologischen und sozialen Umbau, darauf konzentrierte öffentliche Zukunftsinvestitionsprogramme und Förderung technologischer Innovationen im Bereich Ressourceneffizienz und erneuerbare Energien...” (PE 07)

Eine gleichzeitige Erreichung sozialer und ökologischer Ziele durch mehr Arbeit bei nachhaltigen Technologien wird auch in dem Papier „Neue Energiepolitik“ der Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE.PDS betont:

„Darüber hinaus bietet das beschäftigungspolitische Potential der erneuerbaren Energien große Potentiale, um den notwendigen Umbau der Energieversorgung sozialverträglich und mit sicheren Perspektiven für Arbeitnehmer zu gestalten.“(IHME 06)

Drittes Leitbild: Billige Ressourcen sind sozial

Eine Verbindung zwischen sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit stellt das Konzept der Energiesicherheit dar, wie es beispielsweise vom Parteivorstand der Linkspartei.PDS (PV 06) beschlossen wurde. Energiesicherheit wird demnach mit einer Abkehr von der Abhängigkeit fossiler und atomarer Technologien und eine Wende zu regenerativen Energien erreicht. Energiesicherheit gibt es dadurch in den vier Dimensionen

1. Klima-Sicherheit: Wir sind sicher vor allzu großen

Klimaveränderungen.

2. Unfall-Sicherheit: Regenerative Energien sind technisch beherrschbarer als etwa die Kerntechnologie.

3. Friedens-Sicherheit: Regenerative Energieversorgung bietet keinen Anlass kriegerischer Auseinandersetzungen, da sie weltweit ausreichend vorhanden ist.

4. Soziale Sicherheit: Regenerative Energien werden nicht teurer wie die sich verknappenden fossilen Energieträger. Sie bleiben daher bezahlbar für alle.

Die wesentliche Verbindung zwischen sozialen und ökologischen Zielen bei diesem Konzept liegt im Leitbild „Billige Energie ist sozial“ bzw. auf allgemeinerer Ebene: „BILLIGE RESSOURCEN SIND SOZIAL“: Die kapitalistische Industriegesellschaft konnte bisher auch deshalb pazifiziert werden, weil die relativ kostengünstige Ausbeutung endlicher (z.B. fossiler) Ressourcen in Verbindung mit der Entwicklung effizienter industrieller Technologien die relative Verbilligung lebenswichtiger und anderer Güter, eine „Demokratisierung“ des Konsum ermöglichte. Diese relative Demokratisierung des Konsums würde durch die Sicherung billiger Ressourcen, z.B. bzw. billiger Energie auch im postfossilen Zeitalter erhalten bleiben.

Folgende politische Forderungen zur Sicherung billiger Energie werden in Dokumenten der Linkspartei erhoben:

- Die Anwendung bereits vorhandener Effizienztechnologien
- Forschung nach mehr Effizienz
- Verbot fossiler Investments
- Ausbau des Europäischen Stromnetzes für die bessere Verteilung regenerativer Energien
- Öffentliches Netz zur Sicherung diskriminierungsfreien Zugangs (Einspeisung von großen Mengen regenerativer Energie soll für niedrigen Preis sorgen)
- Möglichst dezentrale Erzeugung (geringere Störanfälligkeit, demokratische Kontrollmöglichkeit)
- Preisreduzierung durch mehr Wettbewerb (Alle bisherigen Forderungen sind aus: PV 06)
- Wiedereinführung der Preiskontrolle durch die Energieaufsicht (Nds 07)
- Rekommunalisierung, um die hohen Preise der großen Konzerne zu umgehen (Nds 07, Ihme 06, PV 06)

Alle diese Forderungen sollen – neben anderen Zielen – zu einer niedrigeren Energierechnung für die Verbraucher führen. Die Anwendung von Effizienztechnologien bewirkt einen geringeren Energieverbrauch bei gleichbleibendem Nutzen für die Verbraucher. Der Ausbau regenerativer Energien, sowie der Ausbau der europäischen bzw. interkontinentalen Übertragungsmöglichkeiten für regenerative Energie soll zu einer Senkung des Energiepreises führen. Mehr Wettbewerb, realisiert durch die Zerschlagung der großen Energiekonzerne und die Sicherung des Netzzugangs für die Erzeuger

regenerativer Energien soll ebenfalls den Preis drücken. Auch von der Rekommunalisierung der Energieversorger erhofft sich die Linkspartei eine Reduktion der Energiepreise, da die Konzernrenditen vom Endkunden nicht mehr mitbezahlt werden müssen.

Viertes Leitbild: Soziale Umweltpolitik

Eine Reihe von Forderungen können unter der Überschrift SOZIALE UMWELTPOLITIK zusammengefasst werden. Auf den ersten Blick gleicht dieses Leitbild dem Konzept BILLIGE RESSOURCEN SIND SOZIAL. Ohne Zweifel ist letzteres ein Beispiel für eine soziale Umweltpolitik. Soziale Umweltpolitik kann aber auch betrieben werden, ohne Ressourcen billig zu halten. Ich möchte dies am Beispiel einer sozialen Energiepolitik verdeutlichen. Zu ihr gehören Forderungen nach intra- und internationaler sozialer Energiepolitik, wie sie etwa im Thesenpapier zur Konferenz „klima & energie – macht – arbeit“ in Hamburg (k&ema 07) erhoben wurden:

- Abmilderung des Preisanstiegs für Arme durch Heizkostenzuschüsse und Sozialtarife
- Einer Veränderung einer Ökosteuer in Richtung Öko-Bonus³:
- Verknüpfung von Energiehandel mit „internationaler Sozialpolitik“
- Energiefinanzierung bei Entwicklungszusammenarbeit
- Unterstützung von Betroffenen und Armen bei der Bewältigung von Klimafolgen
- Überprüfung des Wohlstandsmodells der Industrieländer

Soziale Umweltpolitik: Programmatisch erst am Anfang

Das Leitbild SOZIALE UMWELTPOLITIK, auch die Ausrichtung „BILLIGE RESSOURCEN SIND SOZIAL“ findet allerdings bisher fast keinen Niederschlag in konkreter Programmatik der Linkspartei. Das gilt nicht nur für die Verbindung von Energiepolitik mit Sozialpolitik, sondern auch für andere zentrale Felder ökologischer Politik, etwa der Verkehrs- und der Landwirt-

3 Öko-Steuer mit Öko-Bonus: Das Aufkommen der Ökosteuer wird jährlich zu gleichen Anteilen an jeden Bürger zurückgezahlt. Geringverdiener bekommen mehr zurück als sie an Ökosteuer mit dem Kauf von Konsumgütern bezahlt haben, da sie unterdurchschnittlich konsumieren. Besserverdienende leisten sich mehr Güter und dies bedeutet in der Regel mehr Umweltverbrauch, zahlen also mehr Ökosteuer ein als sie zurückbekommen. Durch besonders umweltschädliches bzw. umweltfreundliches Verhalten – also das Konsumieren von Produkten, in denen wenig oder viel Ökosteuer enthalten ist, können jedoch Arm und Reich ihre persönliche Öko-Steuer-Bilanz abändern. Das Instrument verknüpft die gewünschte ökologische Steuerungsfunktion der Ökosteuer mit dem Ziel der Umverteilung von Einkommen. Das Konzept des Öko-Bonus wurde allerdings bisher nur angedacht.

schaftspolitik.

Soziale Energiepolitik

In den Programmen der Linkspartei finden sich allerhöchstens in Präambeln Aussagen zur Verbindung von Energie und Sozialem. Im Programm zur Landtagswahl Niedersachsen steht im Kapitel „Alternative Energiepolitik“:

„Eine Steuerung des Energieverbrauchs allein über den Preis kann nicht funktionieren, weil so die notwendige Akzeptanz in allen Schichten der Bevölkerung nicht erzielt werden kann. Die Energiewende muss ökologisch und sozial sein.“ (Nds 07)

Später sind dann im Kapitel „Energiewende“ eine Reihe von Forderungen aufgeführt:

*Sparmaßnahmen an landeseigenen Gebäuden * Ablehnung neuer Kohlekraftwerke * Unterstützung von Kraft-Wärme-Kopplung * Ausbau regenerativer Energieerzeugung * Verlegung unterirdischer Leitungen * Rekommunalisierung * Preiskontrolle * Umweltbildung * Besteuerung von Flugbenzin * keine Besteuerung von Biodiesel.*

Einzig die Forderungen nach Preiskontrolle und Rekommunalisierung hat eine Verbindung zu Sozialem, nämlich zum Leitbild „Billige Energie ist sozial“ bzw. BILLIGE RESSOURCEN SIND SOZIAL, auch wenn dies in dem Programm nicht ausdrücklich angesprochen wird. Ein Profil, das die Linkspartei durch eine Verbindung zwischen sozialen und ökologischen Zielen auszeichnet, wird in diesem Programm durch die Auflistung dieser sicher richtigen und fachkundigen ökologischen und technologischen Forderungen nicht erreicht.

Dies ist kein Einzelfall. Im Programm zur Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern steht in den einführenden Sätzen des Kapitels „Wirtschaften, Arbeiten und Leben mit der Natur – nicht gegen sie“:

„Wir sind davon überzeugt, dass ökonomische Entwicklung ökologisch verträglich und sozial gerecht ausgestaltet werden kann und muss“ (MV 06)

Dann folgen Forderungen mit folgenden Inhalten:

*Frühzeitige Einbeziehung Betroffener * Verbandsklage-recht * Förderung von Nationalparks * Naturschutz betreiben * Reduzierung von Flächenversiegelung * Verdichtetes Bauen * Reduzierung der Nährstoffbelastung * Förderung von Kleinkläranlagen * Ausbau des ÖPNV * Güter auf die Schiene * Unterstützung umweltfreundlicher Kraftstoffe.*

Dies sind alles wichtige, ökologisch richtige Forderungen, die eine gestiegene umweltpolitische Kompetenz der Linkspartei anzeigen. Die Verbindung Ökologie-Soziales hingegen fehlt komplett. Beim Hamburger Wahlprogramm findet sich das gleiche Bild: In der Einleitung ist ein Hinweis auf die Verbindung von Ökologie und Sozialem, in den konkreten Forderungen wird diese Verbindung nicht deutlich. Ebenso in den Pro-

grammatischen Eckpunkten: Unter „Ökologischer Umbau der Energieversorgung“ stehen Forderungen nach dezentralen Strukturen, demokratischer Kontrolle, öffentlichen Netzen, Energieeffizienz, Senkung des Energieverbrauchs, strikter Ausrichtung auf erneuerbare Energien, Vermeidung umweltbelastender Stoff- und Energieflüsse, Ressourceneffizienz und nach mehr Umweltbildung. Auch hier wird nicht deutlich, wie sich die Linkspartei die dringend notwendige Verbindung zwischen Sozialem und Ökologie vorstellt.

Soziale Verkehrspolitik

In einem für eine ökologische Politik ebenfalls zentralen Themenfeld, der Verkehrspolitik, ergibt sich das gleiche Bild. Die Überschrift zum Kapitel Verkehr im niedersächsischen Landtagswahlprogramm etwa lautet: „In der Verkehrspolitik die ökologische Frage mit der sozialen Frage verknüpfen“. Auch die Einleitung verbindet soziale mit ökologischen Anforderungen:

„DIE LINKE will, dass alle Menschen selbstbestimmt und ohne auf die Hilfe anderer angewiesen sein zu müssen mobil sein können, auch wenn sie kein Auto besitzen, in ländlichen Regionen leben und unabhängig davon, ob sie arm oder reich sind.“ (Nds 07).

Als verkehrspolitische Forderungen werden dann folgende Punkte genannt:

*Ausbau des ÖPNV * Mehr Mittel für den Nahverkehr * Keine Gigaliner auf der Strasse * Mehr Güter auf die Schiene * Gegen den Elbe-Ausbau * Park und Ride * Car Sharing * Sammeltaxen * Fuß- und Radwege * Sozialticket für Bus und Bahn * Öko-Auto-Entwicklung bei VW * Keine Bahnprivatisierung * Forderungen zum Jade-Weser-Port * Erweiterung des Cuxports * Keine Elbvertiefung.*

Dies alles zeigt die ökologisch-verkehrspolitische Kompetenz und auch Konsequenz der Linkspartei. Einzig die Forderung nach einem Sozialticket verbindet jedoch ökologische und soziale Ziele. Wie sieht es hier bei den Programmatischen Eckpunkten aus?

Unter „Soziale und ökologische Verkehrspolitik“ wird dort angeführt:

„Die Gewährleistung von Mobilität muss in den Mittelpunkt rücken. Wir brauchen Alternativen zum individualisierten PKW-Verkehr. Neben stadt- und raumplanerischen Maßnahmen soll der öffentliche Personenverkehr ausgebaut und durch neue Angebote ergänzt werden. Privatisierungen sind zu stoppen. Güterverkehr gehört auf die Schiene. Flugbenzin ist zu besteuern.“ (PE 07)

Dies sind sicherlich Elemente einer ökologischen Verkehrspolitik, wo aber ist hier die soziale Verkehrspolitik, wo wird die Verbindung zwischen Ökologie und

Sozialem hier deutlich?

Soziale Landwirtschafts- und Ernährungspolitik

Die sozial-ökologischen Verbindungen fehlen auch bei der Landwirtschafts- bzw. Ernährungspolitik. Als Beispiel soll hier das Landtagswahlprogramm Niedersachsen genügen: Unter „Regionen fördern und Bio für alle“ heißt es in den einleitenden Worten:

„...Jeder Mensch, unabhängig vom Einkommen, hat das Recht auf schadstoffarme und nährstoffreiche Nahrung. Agrarindustriell erzeugte Nahrung kann dieses nicht leisten.“ (Nds 07)

Es folgen Forderungen, die den Anspruch „Bio für alle“ nicht umsetzen, etwa:

*Aufrechterhaltung eines hohen Qualitätsniveaus der Landwirtschaft * umweltgerechte, regionale Wirtschaftskreisläufe * Verarbeitung regionaler Produkte in landeseigenen Einrichtungen * keine Gentechnik * keine Massentierhaltung * Durchsetzung des Tierschutzgesetzes * Förderung genossenschaftlichen Eigentums * Landschaftsschutz als Bedingung für Subventionen für die Landwirtschaft.*

Ökologisch-Soziale Politiken: Gute Vorsätze in Präambeln

Als Fazit ist festzuhalten, dass es in programmatischen Texten der Linkspartei keine ausgearbeiteten Konzepte einer Verbindung konkreter ökologischer und sozialer Politikziele gibt. In den einleitenden Worten wird die Wichtigkeit der sozial-ökologischen Verbindung betont. Die hinterher aufzufindenden sozial-ökologischen Forderungen sind jedoch marginal. Sie gehen unter in einer Phalanx von Spiegelstrichen mit fachlich fundierten ökologischen Forderungen. Dass diese Eingang in die Programmatik der Linkspartei gefunden haben, ist nicht selbstverständlich und soll hier nicht gering geschätzt werden. Es ist im Sinne eines partizipativen Politikstils auch ein Fortschritt, wenn Experten in die Programmstellung integriert werden. Problematisch ist jedoch, wenn dies zu einer Ausweitung von Spezialthemen in den Programmen führt, unter der das eigene spezifische Profil Schaden nimmt. Wo bleibt das Alleinstellungsmerkmal bei diesen Forderungen? Natürlich sollten sie von der Linken nicht deswegen fallengelassen werden, weil andere politische Kräfte sie ebenfalls aufstellen. Für ein unverwechselbares, authentisches Profil ist jedoch ein anderer Schwerpunkt in den programmatischen Äußerungen notwendig. Meines Erachtens liegt er in der Verbindung ökologischer mit sozialen Forderungen. Die integrale Verbindung von ökologischen mit sozialem Fortschritt als *das* Label der Linkspartei muss bis hinab auf die Ebenen konkreter Forderungen, etwa auf den Gebieten der Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik sichtbar werden.

Der Widerspruch zwischen Propagierung einer sozialen Ökologie und fehlender programmatischer Konse-

quenz zeigt sich nicht nur in den Programmen, die ich hier untersucht habe. Jan Korte vom Parteivorstand etwa fordert in seinen „Überlegungen zur strategisch-inhaltlichen Entwicklung der Partei DIE LINKE“, richtigerweise auch eine Anknüpfung an die Lebenswelten der „progressiven Eliten“ in den urbanen Zentren:

„DIE LINKE muss die Verknüpfung von sozialer Frage mit anderen für diese Klientel (der progressiven Eliten, U.S.) wichtigen Werten und Problemen hinbekommen. Genannt sei beispielsweise die Dialektik von sozialen und politischen Rechten, die Zerstörung von individueller Lebensgestaltung durch den drohenden Absturz in die Armut, die Verknüpfung von sozialer und ökologischer Frage oder die Zerstörung öffentlicher Kultur durch ungehemmte Privatisierungswellen.“ (Korte 07)

Korte spricht hier die notwendige Verknüpfung zwischen sozialer und ökologischer Frage an. Später gibt er Anregungen, wie DIE LINKE den Spagat zwischen Ausgegrenzten, Mittelschichten und Intellektuellen hinbekommen könnte:

„Inhaltlich sollte DIE LINKE neben der sozialen Frage, als Kernkompetenz, Fragen von Bürgerrechten und Demokratie in den Fokus ihrer Politik stellen. ..Es gilt hier explizit auf dem Feld von SPD und Grünen zu waldern und mit der Verbindung von sozialen und politischen Rechten ein Alleinstellungsmerkmal zu erarbeiten.“ (ebd)

Der Ansatz, ein Alleinstellungsmerkmal zu erarbeiten, welches Ausgegrenzte, Mittelschichten und Intellektuelle in gemeinsamen politischen Stoßrichtungen integriert, ist genau richtig. Warum aber soll dies nicht auch geschehen mit der Verbindung zwischen Ökologischem und Sozialem, die Korte vorher noch explizit eingefordert hat? Auch in dieser ansonsten grundrichtigen Analyse fehlt die Orientierung auf soziale Ökologie bzw. ökologische Sozialpolitik als Kernkompetenz.

Dies gilt auch für andere Papiere des Parteivorstands bzw. der Bundesgeschäftsstelle. In dem Strategiepapier „Neue Energiepolitik“ fordert Bernd Ihme (IHME 06) im Fazit eine „komplexe Lösung der Energieproblematik“ durch die Linkspartei. Er zählt dann die Politikbereiche auf, die zu dieser komplexen Lösung gehören: Wirtschaftspolitik * Beschäftigungspolitik * Umweltpolitik * Gesundheitspolitik * Außenpolitik * Bildungspolitik * Wissenschafts- und Technologiepolitik * Demokratie- bzw. Konsenspolitik. Dass bei dieser Reihe Sozial- bzw. Verteilungspolitik nicht aufgezählt werden, nicht mit Energiepolitik integral in Verbindung gebracht werden, muss sich ändern.

Einzig im jüngsten Papier zur Konferenz „klima & energie – macht – arbeit“ in Hamburg (k&ema 07) sind mehr Ansätze aufgeführt, wie Soziales und Ökologisches in Forderungen zu verbinden ist, etwa durch einen Öko-Bonus, Sozialtarife u.ä. (s.o.).

Kernkompetenzen für ein Nachhaltigkeitsprofil der Linken

Die Verbindungen zwischen Ökologie und Sozialem bzw. zwischen Ökologie und Ökonomie, die in verschiedenen programmatischen Dokumenten und Strategiepapieren der Linkspartei zu finden sind, können auf die oben beschriebenen Leitbilder zurückgeführt werden. In der Übersicht sind sie zusammen mit den zugehörigen politischen Forderungen noch einmal zusammengefasst. Eine Reihe der aufgeführten politischen Forderungen können natürlich mehreren Leitbildern zugeordnet werden. Sie sind in der Übersicht so angeordnet, dass sie als typische Operationalisierungen der Leitbilder diese am besten repräsentieren.

In der dritten und vierten Spalte ist aufgeführt, wer außer der Linkspartei diese Forderung erhebt. Wo dies nicht der Fall ist, hat die Linkspartei eine Alleinstellung. Wie weiter oben schon ausgeführt, sollten Forderungen keineswegs deswegen fallengelassen werden, weil andere politische Richtungen das Gleiche fordern. Wenn die Linkspartei über die Bildung eines authentischen Profils, wenn sie über eine Schwerpunktsetzung nachdenken will, ist die Alleinstellung jedoch ein wichtiges Kriterium. Die Spalte mit der Kernkompetenz der Linken bleibt vorerst leer. Hier hört meine Beschreibung des programmatischen Ist-Zustandes auf, hier beginnt die notwendige Debatte der Linken.

Nach welchen Kriterien ist die Frage nach der Eignung einer Forderung bzw. eines Leitbildes als Kernkompetenz der Linkspartei zu entscheiden?

1. Relevanz:

Eine Kernkompetenz muss auf ein relevantes gesellschaftliches Problem antworten. Es klingt banal, aber eine Kernkompetenz bei einem Randproblem nützt in der öffentlichen Wahrnehmung relativ wenig.

2. Linke Grundwerte:

Die Kernkompetenz muss linke Grundwerte abbilden. Die Linke sollte sich fragen, ob mit ihrer ökologischen Politik gleichzeitig die soziale Gerechtigkeit gesteigert werden kann. Sie sollte sich fragen, ob mit ihrer ökologischen Politik gleichzeitig die Freiheit des Individuums in einer modernen Gesellschaft gesteigert werden kann. Sie sollte sich fragen, ob mit ihrer ökologischen Politik gleichzeitig Kapitalinteressen zurückgedrängt werden können.

3. Alleinstellung:

Die Kernkompetenz muss als politische Strategie tauglich sein. Dazu gehört das Alleinstellungsmerkmal, dazu gehört die Kampagnenfähigkeit eines Themas. Die Inhalte dürfen nicht so komplex sein, dass sie einer breiten Öffentlichkeit nicht vermittelt werden können.

Auf dieser Basis möchte ich abschließend – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – drei Kernkompetenzen mit zugehörigen Kernforderungen vorschlagen, die die spezifische Verbindung zwischen Sozialem und Ökologie bei der Linkspartei verdeutlichen können.

1. Kernkompetenz: Ökosozialer Rahmen für den Markt:

- Öffentliches Eigentum der Netze
- Finanzierung einer Struktur- und Technologiepolitik durch Steuern auf Reichtum.

Die Verbindung zwischen den Steuern und der Strukturpolitik sollte symbolisiert werden durch Bezeichnungen wie Öko-Abgabe o.ä. Der Unterschied zu anderen, die Struktur- und Technologiepolitik betreiben wollen, liegt in der Finanzierung.

2. Kernkompetenz: Soziale Umweltpolitik

- Soziale Energietarife/ Zuschüsse (Subventionierung über progressiven Tarif)
- Ökosteuer mit Öko-Bonus (s.o)
- Billiger ÖPNV für alle (Subventionierung über Öko-Abgabe, s.o.).
- Billige Bio-Lebensmittel (Subventionierung über Öko-Abgabe (s.o.)

Für ein massenweises Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel müssen diese nicht nur für die Ärmsten billiger gemacht werden (etwa durch Sozialtickets), sondern für alle. Am unbürokratischsten und wirkungsvollsten geschieht dies nicht über das Genehmigen von Extra-Berechtigungen (einkommensabhängige Tickets), sondern durch eine Subvention.

Ähnlich wie öffentliche Mobilität sollte ein Grundkanon von Bio-Lebensmitteln so subventioniert werden, dass kein Preisunterschied zu anderen Lebensmitteln besteht und ein massenweises Umsteigen auf Bio-Produkte ermöglicht wird.

3. Kernkompetenz: Umverteilung ist Basis für weniger Umweltverbrauch

- Alle (bestehenden) Forderungen, die die Reichtumsunterschiede verringern.

Die Akzeptanz von Maßnahmen, die den Umweltverbrauch einschränken, etwa durch eine Ökosteuer, setzt eine deutliche Verringerung der Einkommensunterschiede voraus. Ärmere Bevölkerungsschichten werden einer Verteuerung von Umweltverbrauch (etwa durch höhere Ökosteuern) nicht zustimmen (können), wenn sich im Ergebnis nur noch Wohlhabende diesen Verbrauch leisten können.

Die Linkspartei braucht hierfür keine neuen Forderungen. Sie sollte den Zusammenhang Umverteilung – Verringerung von Umweltverbrauch jedoch thematisieren.

Alle Kompetenzen bzw. Forderungen zeigen: Mit mehr Ökologie entsteht mehr Gerechtigkeit und mehr Freiheit. Sie provozieren eine Debatte und finden sich ausschließlich bei der Linkspartei. Das wird auch den Medien Nachrichten wert sein.

(Beitrag zur Tagung des Arbeitskreis Nachhaltigkeit der RLS am 13.Dezember 2007 in Berlin)

Literatur

- IHME 06: Neue Energiepolitik. Analysen und Standpunkte der Bundesgeschäftsstelle Nr. 1/2006. Berlin.
- k&ema 07: Energiewende – sozial – ökologisch – friedlich. Thesenpapier zur Konferenz „klima & energie – macht – arbeit“
- Korte 07: Überlegungen zur strategisch-inhaltlichen Entwicklung der Partei DIE LINKE
- MV 06: Wahlprogramm der Linkspartei.PDS für Mecklenburg Vorpommern. Sternberg.
- Nds 07: Landeswahlprogramm der Partei DIE LINKE für Niedersachsen. Hannover.
- PE 07: Programmatische Eckpunkte. Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE. Berlin
- PV 06: Energiesicherheit – gerecht und umweltverträglich. Beschluss des Parteivorstands der Linkspartei.PDS vom 4.12.2006
- SCHACHTSCHNEIDER 00: Zukunftsfähige Gesellschaften. Gesellschaftsbilder von Nachhaltigkeitskonzepten im Vergleich. Oldenburg.
- SCHACHTSCHNEIDER 07: „Soziale Nachhaltigkeit als konkrete Utopie?“ In: Utopie kreativ H 196. Berlin
- SPANGENBERG 05: Nachhaltigkeit – Konzept, Grundlagen, Herausforderungen, Anwendungen. In: Utopie kreativ H.174 Berlin.

Ulrich Schachtschneider – Dipl.-Ing. Energietechnik, Dr. rer. pol., Energieberater/ Sozialwissenschaftler/ Bildungsarbeiter, Gesprächskreis Nachhaltigkeit der RLS. Lebt in Oldenburg.

ulrich.schachtschneider@gmx.de

Leitbilder der Verbindung Ökologie -Ökonomie – Soziales und politische Forderungen der Linkspartei

Leitbild der Verbindung Ökologie – Ökonomie - Soziales	Politische Forderungen	Wer fordert dies auch?	Alleinstellung der Linken	Kernkompetenz der Linken?
Vorrang Politik vor Ökonomie Ökosozialer Rahmen für Markt	Verschiedene Formen des Eigentums		X	
	Öffentliche Daseinsvorsorge (öffentliche Energienetze)		X	
	Energiekonzerne entmachten	Grüne * FDP		
	Öffentliche Beschäftigung		X	
	Struktur- und Technologiepolitik	CDU * SPD * Grüne		
	Höhere Steuern für Reiche		X	
	Gerechte Weltwirtschaftsordnung	SPD * Grüne		
Umweltschutz schafft Arbeit	Investition in nachhaltige Technologien	CDU * FDP * SPD * Grüne		
Soziale Umweltpolitik	Energiepreisanstieg für Arme abmildern durch Zuschüsse, Sozialtarif		X	
	Ökosteuer verändern: Öko-Bonus (angedacht)		X	
	Sozialticket für Nahverkehr		X	
Billige Ressourcen sind sozial	Ausbau von regenerativer Energien und Spartechnologien	CDU * SPD * Grüne		
	Keine Investition in fossile Technologie	Grüne		
	Preissenkung durch mehr Wettbewerb	CDU * FDP * SPD * Grüne		
	Preiskontrolle d. Energieaufsicht		X	